
Globaler Think Tank

Positionspapier mit politischen Handlungsempfehlungen

Frieden dekolonialisieren

Wie können Friedensprozesse dekolonisiert werden, indem Perspektiven der Globalen Mehrheit¹ in den Mittelpunkt gerückt werden und postkoloniale Machtstrukturen überwunden werden?

KENAKO Afrika Festival 2025 / 2026

Vorgelegt von:

Afrika Medien Zentrum e.V.

¹ Der Begriff „Globale Mehrheit“ bezieht sich auf Menschen afrikanischer, asiatischer, indigener, lateinamerikanischer oder gemischter Herkunft, die etwa 85 % der Weltbevölkerung ausmachen. Dieser wird als Alternative zu rassistisch geprägten Begriffen wie „ethnische Minderheit“ verwendet und bezeichnet allgemein Menschen, deren Herkunft im sogenannten „Globalen Süden“ liegt.

Inhaltsübersicht / Überblick

Kernposition - Friedensarbeit ist: - nicht neutral - geprägt von kolonialen Machtstrukturen - beherrscht (oder: dominiert) von den Rahmenbedingungen und Institutionen des „Globalen Nordens“ - Friedensarbeit benötigt: - Wandel von externer Kontrolle hin zu lokaler Führung - Anerkennung der „Globalen Mehrheit“ als zentrale Akteure - Dekolonialisierung der Friedenskonsolidierung = Transformation ungleicher Systeme, keine Isolation - Einbeziehung intersektionaler und geschlechtergerechter Ansätze	Definition von Frieden - Frieden = mehr als Sicherheit / Abwesenheit von Krieg / Gewalt - dieser beinhaltet: soziale Gerechtigkeit • Gleichheit • Widerstandsfähigkeit • Bildung • Umweltgerechtigkeit • alltägliche Sicherheit - dynamisch, kontextabhängig, relational - verankert in den lokalen / gemeinschaftlichen Realitäten
---	---

Hauptprobleme - westlich zentrierte Definitionen & Institutionen - Marginalisierung des Wissens der „Globalen Mehrheit“ - Top-down-Maßnahmen (zentral gesteuerter Ansatz von oben) - Abhängigkeit vom (Geld-)geber und eingeschränkte lokale Handlungsfähigkeit	Hauptforderungen <i>Vermittlung</i> - lokale Akteure übernehmen das Design + Implementierung - Stärkung gemeindebasierter Friedensinitiativen
--	---

• voreingenommene Messinstrumente und Friedensindizes (Indikatoren) • Kluft zwischen offiziell proklamiertem Frieden und gelebten Erfahrungen • strukturelle Ungleichheit als großes Hindernis für den Frieden • lokale Praktiken und Erkenntnistheorien werden oft übersehen: Ubuntu • Geschichtenerzählen • Kunst • Dialog usw. • Ausgrenzung von Frauen aus formellen Friedensprozessen trotz ihrer führenden Rolle bei der Friedensarbeit auf Gemeindeebene	<i>Finanzierung</i> • Direkte, flexible und langfristige Unterstützung • reduzierte Auflagen + Bürokratie <i>Wissen</i> • gemeinsame Erarbeitung von Wissen • Anerkennung indigener + lokaler Gemeinschaftssysteme • Hinterfragung der westlichen Dominanz in ihren Narrativen • Geschlechtergleichstellung und intersektionale Inklusion als Kernprinzip auf allen Ebenen der Friedensarbeit (Führung, Finanzierung und Umsetzung) <i>Messung</i> • über Sicherheits- / staatliche Indikatoren hinaus • Einbeziehung von gelebten Erfahrungen, Gerechtigkeit und Zusammenhalt <i>Kooperation</i> • gerechte Partnerschaften von der globalen bis zur lokalen Ebene • Süd-Süd-Austausch • partizipative Friedensplattformen
---	--

Einleitung

Die heutige Friedensarbeit ist nicht neutral. Sie wird von historischen und anhaltenden Machtungleichgewichten geprägt, die ihre Wurzeln im Kolonialismus haben. Vorherrschende internationale Ansätze reproduzieren diese Ungleichheiten oft, indem sie westliche Wissenssysteme, Institutionen und Prioritäten privilegieren. Gleichzeitig werden Perspektiven der „Globalen Mehrheit“ an den Rand gedrängt, was Edward Said (1978) als „Othering“ in der Wissensproduktion bezeichnet hat. Dabei wird der „Globale Süden“ als ein

Raum der Instabilität dargestellt, der externe Interventionen erfordert, während westliches Wissen als neutral, universell und überlegen dargestellt wird. Diese Machtverhältnisse sind zudem stark geschlechtsspezifisch geprägt, da vorherrschende Konzepte der Friedensarbeit häufig patriarchale Annahmen reproduzieren und feministische sowie intersektionale Perspektiven aus der „Globalen Mehrheit“ an den Rand drängen.

In diesem Positionspapier wird dargelegt, dass Frieden **nur dann nachhaltig und gerecht sein kann, wenn er grundlegend dekolonialisiert** wird. Dies erfordert, dass lokalen Akteur*innen mehr Macht, Ressourcen und Entscheidungsbefugnisse übertragen werden und dass unterschiedliche, kontextspezifische Auffassungen von Frieden einbezogen werden.

Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit sozioökonomischen Ungleichheiten sowie mit der politischen Erzeugung von Angst, Wut und Ausgrenzung, die Konflikte und Gewalt begünstigen können.

Es zeigt zentrale strukturelle Herausforderungen in den derzeitigen Systemen der Friedensarbeit auf und skizziert Empfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen, Geldgeber*innen und Akteur*innen dieser.

Hintergrund und Vorgehensweise

Dieses Positionspapier entstand im Rahmen des Global Think Tanks des KENAKO Afrika Festival 2025/26, einer Kooperationsplattform, die Fachleute aus der Praxis, Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus verschiedenen Regionen Afrikas und Europas miteinander vernetzt.

Der Think Tank hat sich zum Ziel gesetzt, einen fairen Wissensaustausch, die gemeinsame Problemlösung und die Entwicklung politikrelevanter Empfehlungen zur dekolonialen Friedensarbeit zu fördern. Praktische Strategien sollen sicherstellen, dass afrikanische Perspektiven im Mittelpunkt der Diskussionen über globalen Frieden und Sicherheit stehen.

Das 2012 in Berlin ins Leben gerufene KENAKO Afrika Festival bildet den übergeordneten institutionellen Rahmen für diese Initiative. Es fördert den interkulturellen Austausch und stärkt afrikanische, afro-diasporische und Globale Mehrheit-Perspektiven im öffentlichen Diskurs. Seit 2023 erweitert der Global Think Tank diese Arbeit, indem er einen strukturierten Raum für transnationalen Dialog und Reflexion schafft.

Die Ausgabe 2025/26 des Festivals widmet sich dem Thema „Dekolonisierung des Friedens“ als Reaktion auf anhaltende globale Konflikte und die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten in der Wahrnehmung und Bewältigung dieser Konflikte. Viele Konflikte im „Globalen Süden“ finden im globalen Diskurs nach wie vor zu wenig Beachtung, obwohl sie

eng mit der Kolonialgeschichte und globalen Ungleichheiten verknüpft sind. Dies spiegelt allgemeine Ungleichgewichte in der globalen Governance (den globalen Machtstrukturen) und der Wissensproduktion wider. Aram Ziai (2016) weist darauf hin, dass internationale Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit diese Ungleichheiten oft noch verstärken, indem sie Probleme und Lösungen aus einer westlichen Perspektive definieren, was die Abhängigkeit verstärkt und die lokale Handlungsfähigkeit einschränkt.

Das Afrika Medien Zentrum e.V., der Gründer des KENAKO-Festivals, lud Friedensaktivist*innen, Expert*innen und Vertreter*innen zu Online-Diskussionen ein. Gemeinsam setzten sich die Teilnehmenden mit postkolonialen Machtdynamiken auseinander und entwickelten inklusive, lokal verankerte Strategien.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse basieren auf diesem kooperativen Prozess.

Die Teilnehmenden weisen darauf hin, dass der Beitrag in einem europäischen institutionellen Kontext verfasst wurde, was an sich schon die Machtungleichgewichte verdeutlicht, mit denen sich der Beitrag kritisch auseinandersetzt.

Zusammenfassungen der Sitzungen

Sitzung 1

Die Teilnehmenden setzten sich mit Frieden als einem mehrdimensionalen Konzept auseinander, das über die bloße Abwesenheit von Krieg hinausgeht und soziale, kulturelle, politische und ökologische Dimensionen umfasst. In den Diskussionen wurde kritisch beleuchtet, wie koloniale Hinterlassenschaften und westliche Denkmodelle das vorherrschende Verständnis von Frieden prägen und dabei häufig Perspektiven der „Globalen Mehrheit“ an den Rand drängen. Die Bedeutung lokaler und gemeinschaftsbasierter Wissenssysteme wie beispielsweise „Ubuntu“ wurde hervorgehoben.

Sitzung 2

Das Konzept des Friedens wurde weiter verfeinert und umfasst nun auch soziale Gerechtigkeit, Resilienz, Bildung sowie die Fähigkeit, strukturelle Gewalt und Ungleichheit zu bekämpfen. Die Teilnehmenden stellten die Frage, wer Frieden definiert und wessen Interessen damit bedient werden, und hoben dabei den Einfluss von Regierungen, internationalen Akteur*innen und ehemaligen Kolonialmächten hervor, während sie gleichzeitig auf die Unterrepräsentation lokaler und gemeindebasierter Perspektiven hinwiesen. Bestehende Messinstrumente wie der Global Peace Index wurden wegen ihrer westlichen Ausrichtung kritisiert, da ihre staatszentrierten und sicherheitsorientierten Indikatoren dazu neigen, formale institutionelle Stabilität gegenüber struktureller Gewalt, Ungleichheit und den gelebten Erfahrungen von Unsicherheit zu bevorzugen. Die Arbeit von

Aram Ziai (2016) trägt dazu bei, diese Kritik zu erklären, indem sie aufzeigt, dass globale Rahmenkonzepte oft westliche Perspektiven widerspiegeln und daher lokale Realitäten nicht erfassen. Infolgedessen betonten die Teilnehmenden die Bedeutung von Bottom-up²-Ansätzen.

Sitzung 3

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen praktische Wege zur dekolonialen Friedensarbeit, wobei die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, lokales und gemeinschaftsbasiertes Wissen, Führungsstärke und Handlungsfähigkeit in den Mittelpunkt zu stellen. Zu den wichtigsten Empfehlungen gehörten die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, die Verankerung sozialer und ökologischer Gerechtigkeit sowie die Wertschätzung gemeinschaftsbasierter Alltagspraktiken wie des Geschichtenerzählens und der Künste. Die Teilnehmenden forderten zudem Reformen der internationalen Finanzierungsstrukturen, um eine flexible, langfristige Unterstützung und echte lokale Eigenverantwortung zu ermöglichen. Nachhaltige Friedensarbeit muss auf den Perspektiven der "Globalen Mehrheit" basieren und lokale Kapazitäten stärken.

Problemdefinition: Frieden als postkoloniale Struktur

Diese Definition von Frieden ist aus den Diskussionen des Global Think Tanks hervorgegangen und fasst die Sichtweisen der Teilnehmenden zusammen:

Frieden wird als komplexes, vielschichtiges und kontextabhängiges Konzept verstanden, das weit über die Abwesenheit von Krieg oder direkter Gewalt hinausgeht. Es bezieht sich auf das aktive Vorhandensein von sozialer Gerechtigkeit, widerstandsfähigen Institutionen, Sicherheit, Bildung und der Fähigkeit von Gesellschaften, Krisen zu überstehen und sich von ihnen zu erholen. Es geht über zwischenstaatliche Beziehungen hinaus und umfasst alltägliche zwischenmenschliche Interaktionen, Beziehungen zur Natur und zur digitalen Sphäre sowie Bemühungen zur Bekämpfung struktureller Ungleichheit, Diskriminierung, Ausbeutung und patriarchaler Machtverhältnisse. Zudem erfordert es eine kritische Auseinandersetzung mit historischen (einschließlich kolonialen) sozialen, wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen.

Letztendlich ist Frieden kein feststehender Zustand, sondern ein fortwährender und dynamischer Prozess, der es Einzelpersonen, Gemeinschaften, Regionen und der Natur ermöglicht, in gegenseitigem Respekt zusammenzuleben. Er umfasst menschliche Bedürfnisse, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Schutz und Resilienz und lässt sich nicht auf eine einzige Definition reduzieren.

²Bottom-up-Ansätze sind Prozesse, bei denen lokale Gemeinschaften die Entscheidungsfindung leiten und Lösungen auf der Grundlage ihrer eigenen Bedürfnisse und Lebenserfahrungen entwickeln, anstatt dass externe Akteur*innen diese von oben („Top-down“) vorgeben.

Diese von den Teilnehmenden erarbeitete Definition lässt sich noch ergänzen, indem betont wird, dass nachhaltiger Frieden auch eine ausreichende sozioökonomische Grundlage erfordert, die es allen Menschen ermöglicht, in Würde zu leben und ihr Potenzial frei zu entfalten. Er hängt zudem von der tiefen Überzeugung ab, dass alle Menschen gleichwertig sind – eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Friedens. Ein solches Verständnis setzt dekoloniale Denkweisen voraus und die Anerkennung der Perspektiven der „Globalen Mehrheit“ als grundsätzlich gleichwertig und für die Friedensarbeit von zentraler Bedeutung.

Allerdings neigen vorherrschende internationale Rahmenwerke nach wie vor dazu, Frieden eng und technisch zu definieren, wobei der Schwerpunkt auf Stabilität, institutionellen Reformen und Sicherheit liegt. Diese Rahmenwerke sind nicht neutral. Sie sind geprägt von globalen Machtungleichgewichten, die beeinflussen, wer Frieden definiert, wessen Wissen anerkannt wird und wer von Friedensmaßnahmen profitiert. Aram Ziai (2016) betont, dass die internationale Friedensarbeit weitgehend von Akteur*innen des „Globalen Nordens“ konzipiert, finanziert und evaluiert wird. Infolgedessen stützen sich Instrumente wie globale Friedensindizes, Finanzierungsmechanismen und politische Rahmenbedingungen oft auf westliche Wissenssysteme und spiegeln die lokalen Realitäten nicht wider.

Trotz Verweisen auf weiter gefasste Konzepte wie den „positiven Frieden“ von Johan Galtung (1969) reduzieren viele politische Rahmenkonzepte Frieden nach wie vor auf die Abwesenheit bewaffneter Konflikte. Dieser wird häufig anhand von Waffenstillständen, Wahlen und Reformen staatlicher Institutionen definiert. Dieser Ansatz kann jedoch tiefgreifendere Probleme wie Ungleichheit, Ungerechtigkeit und die langfristigen Auswirkungen vergangener Gewalt außer Acht lassen.

Wissenschaftliche Arbeiten in den Friedens- und Konfliktstudien heben hervor, dass dominante Friedenskonzepte historisch durch ungleiche globale Hierarchien in der Wissensproduktion geprägt sind (Cordula Dittmer, 2018). Infolgedessen werden Perspektiven aus ehemals kolonialisierten Regionen oft an den Rand gedrängt, obwohl gerade diese Kontexte am stärksten von gewaltsamen Konflikten und externen Interventionen betroffen sind.

Die globale Friedenspolitik spiegelt diese Asymmetrien wider. Wichtige Institutionen, Finanzierungsstrukturen und Messinstrumente wie der Global Peace Index sind größtenteils im „Globalen Norden“ angesiedelt. Dies spiegelt sich auch in Achille Mbembes (2001/2003) Konzept der postkolonialen Governance wider, das aufzeigt, wie koloniale Machtstrukturen in heutigen Sicherheits- und Kontrollsystemen fortbestehen – einschließlich der Frage, wer die Autorität besitzt, Frieden oder Krieg zu definieren, und wessen Tod als reaktionsbedürftig anerkannt wird. Dies prägt nicht nur, wie Frieden definiert wird, sondern auch, wer als dessen würdig angesehen wird.

Wissenschaftler wie Aram Ziai (2016) beschreiben, wie dies Muster des „Othering“ reproduziert und externe Interventionen legitimiert, während lokales Wissen und lokale Handlungsfähigkeit abgewertet werden.

In diesem Sinne betonten die Teilnehmenden des Global Think Tanks, wie wichtig es ist, unabhängige Wissenssysteme und Daten zu entwickeln, die in den lokalen Realitäten verankert sind. Sie argumentierten, dass vorherrschende Friedenskonzepte oft die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontexte der Globalen Mehrheit nicht widerspiegeln und koloniale Hinterlassenschaften wie Rassismus und strukturelle Ungleichheit in globalen Friedensdefinitionen reproduzieren.

Konzepte wie Ubuntu, eine südafrikanische Philosophie, die besagt: „Ein Mensch ist ein Mensch durch andere“ („Ich bin, weil wir sind“), zeigen ein relationales Verständnis von Frieden, das auf Gemeinschaft, gegenseitiger Abhängigkeit und kollektiver Verantwortung basiert. Wissenschaftler wie Timothy Murithi (2008) zeigen, dass afrikanische philosophische Rahmenkonzepte, einschließlich der Ubuntu-Ethik, wichtige Grundlagen für die Gestaltung, Bewertung und Steuerung von Friedensarbeit bieten und nicht nur kulturelle Ideen sind. Diese Rahmenkonzepte unterscheiden sich von individualistischen und staatszentrierten Friedensmodellen, die im westlichen Diskurs zur Friedenskonsolidierung vorherrschen.

Diese Kritik an Wissenshierarchien wird zudem von Ngũgĩ wa Thiong’o (1986) untermauert, der argumentiert, dass koloniale Macht durch die Dominanz westlicher Sprachen und Epistemologien (Wissenssysteme) fortbesteht und damit prägt, was als legitimes Wissen anerkannt wird. Dies ist für die Friedensarbeit von unmittelbarer Relevanz: Wenn Verhandlungen, Förderanträge und Bewertungsrahmen in Sprachen wie Englisch, Französisch oder Deutsch durchgeführt werden, müssen lokale Akteur*innen nicht nur ihre Worte, sondern auch ihr Verständnis von Frieden in diese kolonialen Sprachen übersetzen. Dabei können wichtige Bedeutungen, Zusammenhänge und Autorität verloren gehen. In diesem Sinne werden Rahmenbedingungen der Friedensarbeit nicht nur von der Politik, sondern auch von den durch den Kolonialismus geschaffenen Wissenssystemen geprägt.

Gleichzeitig zeigen Forschung und Praxis, dass nachhaltiger Frieden häufig eher aus lokalen, alltäglichen Praktiken als aus externen Rahmenbedingungen entsteht. Konzepte wie der „Alltagsfrieden“ von Roger Mac Ginty (2014) heben informelle Strategien der Gemeinschaft für Koexistenz, Vertrauensbildung und Konflikttransformation hervor. Empirische Beispiele aus gemeindebasierten Versöhnungs- und Soziotherapieansätzen, etwa in Ruanda und Liberia, verdeutlichen die Relevanz lokal verankerter Formen der sozialen Wiederherstellung.

Historische und aktuelle Beispiele, insbesondere Ruanda, veranschaulichen lokal verankerte Friedensansätze, die sich von hierarchischen, von außen konzipierten Modellen unterscheiden. Gleichzeitig ging die Stabilität Ruandas nach dem Konflikt auch mit erheblichen Einschränkungen der politischen Opposition einher. Dies zeigt, dass lokal verwurzelte Versöhnungsbemühungen neben politischer Kontrolle bestehen können und kein einzelner Fall als einfaches oder uneingeschränkt positives Modell betrachtet werden sollte.

Wangari Maathai, die 2004 für ihr Engagement mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, bei dem sie Umweltschutz, Demokratie und Frieden durch die „Green Belt Movement“ (1977) miteinander verband, verdeutlicht, wie eng Frieden mit Umweltgerechtigkeit, der Stärkung von Gemeinschaften und Basisinitiativen verknüpft ist.

Ihre Arbeit zeigt, dass nachhaltiger Frieden durch den Schutz lokaler Ökosysteme und kollektive Verantwortung entsteht. Damit ist sie ein zentrales Beispiel für dekolonialen Frieden in der Praxis.

Trotz der wachsenden Anerkennung dieser Perspektiven prägen strukturelle Ungleichheiten die Systeme der Friedensarbeit weiterhin. Finanzierungsmechanismen verlangen von lokalen Akteur:innen häufig, dominante westliche Terminologien und Rahmenkonzepte zu übernehmen. Dadurch werden bestehende Asymmetrien in der Wissensproduktion und institutionelle Abhängigkeiten weiter verstärkt.

Die Teilnehmer*innen der Treffen setzten sich kritisch mit diesen Dynamiken auseinander und warfen dabei die Fragen auf, wer Frieden definiert, wer von diesen Definitionen profitiert und wessen Stimmen ausgeschlossen werden. Das Beispiel Uganda veranschaulichte diese Spannung, da dort offizielle Friedensnarrative neben anhaltenden Erfahrungen von Unsicherheit und Ungleichheit auf Gemeindeebene bestehen. Sie betonten, dass dominante Friedensagenden von mächtigen Staaten, internationalen Organisationen und ehemaligen Kolonialmächten geprägt werden, während lokale Gemeinschaften in Entscheidungsprozessen weiterhin an den Rand gedrängt werden. Dies macht deutlich, dass internationales Engagement zwar für die globale Friedenspolitik von zentraler Bedeutung ist, jedoch oft von ungleichen Machtverhältnissen zwischen internationalen und lokalen Akteur:innen geprägt wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die derzeitigen Systeme der Friedensarbeit globale Ungleichheiten widerspiegeln, die in der kolonialen Geschichte verwurzelt sind. Diese Asymmetrien prägen, wie Frieden definiert, gemessen und umgesetzt wird, und sie bestimmen, wessen Wissen und Erfahrungen in der globalen Friedenspolitik Vorrang haben.

Unsere Position

Wir vertreten folgende Standpunkte:

- **Friedensarbeit muss sich von extern gesteuerten Interventionen hin zu lokal geführten Prozessen verlagern.**
- **Perspektiven der Globalen Mehrheit sind nicht nur ergänzend, sondern von zentraler Bedeutung für die Neudefinition von Frieden.**
- **Ohne die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten in den Bereichen Wissen, Finanzierung und Governance wird die Friedensarbeit wirkungslos und ungerecht bleiben.**

Diese Position vertritt nicht die Ansicht, dass internationales Engagement an sich illegitim ist. Vielmehr argumentiert sie, dass die Bedingungen und Entscheidungsbefugnisse grundlegend neu ausgehandelt werden müssen, mit Akteur*innen der Globalen Mehrheit als gleichberechtigten Partner*innen und nicht als Empfänger*innen.

Wege, Forderungen und Empfehlungen

Um dekoloniale Friedensarbeit in die Praxis umzusetzen, sind strukturelle Veränderungen in den Bereichen Politik, Finanzierung, Wissenssysteme und Praxis erforderlich.

Diese Veränderungen erfordern Maßnahmen auf der Mikroebene (Gemeinden und Zivilgesellschaft), der Mesoebene (nationale und regionale Institutionen) und der Makroebene (internationale Organisationen und Geber. Daran sind unterschiedliche, aber miteinander vernetzte Akteur*innen beteiligt.

1. Lokale Handlungsfähigkeit und alltägliche Friedenspraktiken stärken

- Entscheidungsbefugnisse in Friedensprozessen auf lokale Gemeinschaften und Akteur*innen der Zivilgesellschaft verlagern
- Sicherstellen, dass lokale Akteur*innen die Konzeption, Umsetzung und Bewertung von Friedensinitiativen leiten
- Internationale Akteur*innen von einer dirigierenden Rolle hin zu unterstützenden und vermittelnden Funktionen verlagern
- Alltägliche Praktiken wie Gemeinschaftsbildung, Dialog, Solidarität, Mediation, Geschichtenerzählen, Kunst und kollektive Problemlösung als zentral für eine Bottom-up-Friedensarbeit anerkennen und stärken
- Die Friedensarbeit in Bildung, soziale Beziehungen, Fürsorge und Wohlbefinden verankern
- Sicherstellen, dass die lokale Führung geschlechtergerecht ist und Frauen, Jugendliche sowie marginalisierte Gruppen einbezieht, wobei anzuerkennen ist, dass

Geschlechtergleichstellung ein zentraler Bestandteil der dekolonialen Friedensarbeit und kein bloßer Zusatz ist

2. Reform der Finanzierungsstrukturen

- Erhöhung der direkten Finanzmittel für lokale Organisationen
- Sicherstellung einer flexiblen und langfristigen Finanzierung, die auf lokale Prioritäten abgestimmt ist
- Vereinfachung der Antrags- und Berichtsverfahren sowie deren Anpassung an lokale Gegebenheiten
- Abschaffung oder Reduzierung von Förderbedingungen, die die lokale Handlungsfähigkeit einschränken
- Ersetzung extern auferlegter Berichtspflichten durch lokal konzipierte Rechenschaftssysteme, wie z. B. kommunale Aufsicht und Süd-Süd-Peer-Review

3. Transformation von Wissenssystemen und Narrativen

- Indigene, kulturelle, ökologische und gemeinschaftsbasierte Wissenssysteme integrieren
- Beziehungsorientierte, spirituelle und kontextspezifische Friedensverständnisse als gleichwertig anerkennen
- Forschung, Daten und Evaluierung gemeinsam mit lokalen Akteur*innen erarbeiten
- Dominante Narrative hinterfragen, die nicht-westliche Gesellschaften als passiv oder konflikthanfänglich darstellen
- Die Süd-Süd-Zusammenarbeit und den regionalen Wissensaustausch stärken

4. Systeme zur Messung und Bewertung von Frieden neu gestalten

- Bestehende Friedensindizes kritisch auf westliche und staatszentrierte Verzerrungen hin überprüfen
- Über sicherheitsorientierte und auf institutionelle Stabilität ausgerichtete Indikatoren hinausgehen
- Gelebte Erfahrungen mit Gerechtigkeit, Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und Umweltbeziehungen einbeziehen
- Gemeinsam mit lokalen Akteur*innen kontextsensitive Bewertungsrahmen entwickeln

5. Eine gerechte Zusammenarbeit zwischen globaler und lokaler Ebene sicherstellen

- Eine sinnvolle Beteiligung von Akteur*innen der „Global Majority“ an globalen Friedensprozessen gewährleisten

- Schaffung multidimensionaler Dialogplattformen, die lokale Gemeinschaften, politische Entscheidungsträger*innen und internationale Institutionen miteinander verbinden
- Anerkennung kultureller und partizipativer Praktiken (z. B. Geschichtenerzählen, Musik, Rituale) als integralen Bestandteil der Friedensarbeit
- Anerkennung und Unterstützung bestehender afrikanischer Friedensinfrastrukturen, einschließlich des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union und der ECOWAS-Mechanismen, als zentrale und nicht als sekundäre Akteur*innen in kontinentalen Friedensprozessen

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nachhaltiger und gerechter Frieden nicht durch Standardlösungen oder Top-down-Ansätze erreicht werden kann, die in westlichen Rahmenkonzepten verwurzelt sind. Wie die Problemdefinition zeigt, verstärken dominante internationale Friedenssysteme häufig koloniale Machtstrukturen, marginalisieren lokales Wissen und verwenden eng gefasste Indikatoren, die soziale Gerechtigkeit und gelebte Erfahrungen außer Acht lassen. Diese strukturellen Ungleichgewichte mindern die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit von Friedensbemühungen, insbesondere seitens der Globalen Mehrheit.

Die Erkenntnisse aus den partizipativen Dialogen, wie sie sich in den drei Treffen widerspiegeln, zeigen, dass die Dekolonialisierung des Friedens einen grundlegenden Wandel in der Art und Weise erfordert, wie Frieden definiert, gesteuert und gelebt wird. Dazu gehören die Umverteilung von Entscheidungsbefugnissen an lokale Akteur*innen, die Einbeziehung lokaler und indigener Wissenssysteme als gleichberechtigte Quellen von Fachwissen sowie eine Neugestaltung der Art und Weise, wie Frieden gemessen und legitimiert wird. Außerdem ist es erforderlich, alltägliche, gemeinschaftsbasierte Friedenspraktiken zu stärken und sicherzustellen, dass globale Friedensprozesse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gemeinsam gestaltet werden.

Insgesamt lässt sich Frieden dekolonisieren, indem Autorität, Wissensproduktion und Bewertungssysteme weg von westlich dominierten Rahmenbedingungen hin zu gerechten, kontextsensiblen und lokal verankerten Ansätzen verlagert werden.

Fortschritte auf dem Weg zu einer dekolonialen Friedensarbeit erfordern daher nicht nur einen Wandel der Grundsätze, sondern auch der Art und Weise, wie Erfolg in der Praxis bewertet wird. Dazu gehören konkrete Indikatoren wie der Anteil der Mittel für Friedensarbeit, der an lokale Organisationen fließt, die Vertretung von Akteur*innen der Global Majority in Führungspositionen bei Friedensverhandlungen sowie das Ausmaß, in dem Gemeinschaften an der Bewertung ihrer eigenen Lebensbedingungen beteiligt sind,

anstatt sich ausschließlich auf externe Indizes zu stützen. Ohne solche Mechanismen der Rechenschaftspflicht läuft die dekoloniale Friedensarbeit Gefahr, rein ideeller Natur zu bleiben; mit ihnen gewinnt sie eine stärkere Verankerung in Praxis und Umsetzung.

Die Einbeziehung von Perspektiven der Globalen Mehrheit ist daher kein Zusatz, sondern eine strukturelle Voraussetzung für die Überwindung postkolonialer Machtverhältnisse und das Umdenken in Friedensprozessen auf allen Ebenen.

Letztendlich unterstreichen die Erkenntnisse, dass Frieden ein dynamischer, relationaler und kontextabhängiger Prozess ist. Er entsteht, wenn lokale Akteur*innen gestärkt werden, alltägliche Praktiken wertgeschätzt werden und strukturelle Ungleichheiten angegangen werden. Durch die Zusammenführung von wissenschaftlichem Wissen und gelebter Erfahrung können nachhaltigere, inklusivere und dekoloniale Friedenswege entwickelt werden.

Danksagung

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen Teilnehmenden bedanken, die den Global Think Tank durch ihr Engagement und ihre Beiträge zu den Treffen und Diskussionen aktiv mitgestaltet haben. Ihre Erkenntnisse, Erfahrungen und ihr Einsatz waren für die Ausarbeitung des vorliegenden Positionspapiers von entscheidender Bedeutung. Unser Dank gilt auch allen Praktikant*innen des Afrika Medien Zentrums, die aktiv zu verschiedenen Teilen des Projekts beigetragen und uns während der gesamten Umsetzung unschätzbare Unterstützung geleistet haben. Abschließend möchten wir uns ganz besonders bei Haruna Salim Mbusa für seine beständige Unterstützung, seine Verfügbarkeit und seine wertvolle Hilfe während des gesamten Prozesses bedanken.

Dieses Positionspapier entstand im Rahmen des Projekts „KENAKO Afrika Festival – Frieden im Zeitalter globaler Kriege“, das vom Afrika Medien Zentrum e.V. durchgeführt wurde. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die NGO verantwortlich. Die hierin geäußerten Positionen spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der fördernden Institutionen wider. Das Projekt wird von Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Unternehmen (LEZ) in Berlin gefördert.

Literaturverzeichnis

Dittmer, Cordula (2018). *Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung*. In: *Friedens- und Konfliktforschung*, hrsg. von Carla Augusta und Lars Schmitt, Wiesbaden: Springer VS.

Galtung, Johan (1969). "Violence, Peace, and Peace Research." *Journal of Peace Research*, 6(3), 167–191.

Maathai, Wangari (2004). "Nobel Peace Prize Lecture." Oslo: Norwegian Nobel Committee.

Mac Ginty, Roger (2014). *Everyday Peace: Bottom-up and Local Agency in Conflict-Affected Societies*. London: Palgrave Macmillan.

Mbembe, Achille (2001). *On the Postcolony*. Berkeley: University of California Press.

Murithi, Timothy (2008). *The Ethics of Peacebuilding*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Ngũgĩ wa Thiong'o (1986). *Decolonising the Mind: The Politics of Language in African Literature*. London: James Currey.

Said, Edward (1978). *Orientalism*. New York: Pantheon Books.

Ziai, Aram (2016). *Development Discourse and Global History: From Colonialism to the Sustainable Development Goals*. London: Routledge.

Veröffentlicht: Juni 2026

Rechtlicher Hinweis

Teilnehmer und Mitwirkende

1. Wafula Silas Shoki – Positive Peace Generation, Uganda
2. Kule Regan – Friedensstifter, Uganda
3. Bahar Cati – Ceni Women's Collective, Kurdistan
4. Arnold Ahimbisibwe – Lehrer für globales Lernen, Uganda
5. Sylvester Djiogho – InterEPCO
6. Darja Wolfmeier – Universität Bayreuth, Deutschland
7. Masi Zhakata – Safe Place International
8. Haruna Salim Mbusa – Act For Transformation, Deutschland
9. Gideon Gichiri – Act For Transformation, Deutschland
10. Fawad Durrani – Greenpeace Deutschland
11. Leon Hoffmann – Greenpeace Deutschland
13. Dr. Bathromeu Mavhura – Zentrum für geopolitische Sicherheit und Strategie, Northwest University, Südafrika
14. Criscent Rujumba – Lehrerin für internationale Perspektiven, Galaxy International School, Uganda
15. Taofeek Lawal – Masterstudium im Bereich Sicherheit
16. Sanja Müller – Beruflicher und akademischer Hintergrund im Bereich Friedensförderung, tätig in Burkina Faso

Autor:innen und Teilnehmende des Afrika Medien Zentrum e.V.

Maria Rohmann-Zampaligre

Hervé Tcheumeleu Kameni

Überprüft von:

Hannah Maria Page

Anika Fernandes da Costa

Praktikanten:

Sylvestre Kouakou

Paula Hampel

Fanny Sigler

Lee-Ann Steiger

Eric Niyonkinzo

Noah Schulze